

Die Zeit- online

US-Wahlkampf

Ein Sozialist fürs Weiße Haus

Dieser Mann könnte Hillary Clinton gefährlich werden: Bernie Sanders zieht im US-Wahlkampf mehr Zuhörer an als seine Konkurrenz. Doch er ist ein politischer Sonderling. von Paul Middelhoff

12. August 2015



Präsidentenskandidat Bernie Sanders bei seinem Auftritt in Portland | © Stephen Lam/Reuters

19.000 Menschen, mehr passen nicht rein. Die Arena des NBA-Basketballteams Portland Trail Blazers ist voll bis unters Dach. Weitere 9.000 Menschen sehen sich das Spektakel auf Leinwänden vor dem Stadium an. "Bernie"-Sprechchöre schallen über den Parkplatz der Arena.

Sie alle sind gekommen, um ihn zu sehen: Bernie Sanders. Der 73 Jahre alte Politiker steht im Innern der Arena auf dem Podium und winkt in das Meer aus Schildern mit seinem Namen. "Immer wieder fragen mich Journalisten, warum so viele von euch zu unseren Veranstaltungen kommen", sagt Sanders und setzt an, um die Antwort zu geben. Da schreit ein Zuhörer: "Weil du recht hast, Bernie!" Donnernder Applaus. Sanders lacht. In seiner Rede wettet er gegen die wachsende Ungleichheit in den USA, über gierige Milliardäre und kriminelle Banken und fordert einen flächendeckenden Mindestlohn für alle US-Bürger.

Der Politiker, dem am vergangenen Wochenende in Portland die Massen zujubelten, ist Sozialist. Und er bewirbt sich für das höchste politische Amt der Welt: die Präsidentschaft der USA, seit jeher Bollwerk gegen den Kommunismus. Ein Widerspruch? Nicht unbedingt. Denn Sanders zielt mit seiner Politik ins Herz der amerikanischen Gesellschaft. Er richtet sich an die Arbeiterklasse, die seit den neunziger Jahren unter der schwächelnden Wirtschaft und hoher Arbeitslosigkeit leidet.

Obama "mag Bernie"

Sanders fordert Beschäftigungsprogramme und kostenlose Hochschulbildung – bezahlt mit hohen Steuern auf die Einkommen der Superreichen. Für amerikanische Verhältnisse sind seine Positionen krass – doch während das politische Establishment ihn als Sonderling schmäht, erfährt Sanders seit Bekanntgabe seiner Kandidatur eine immer größere Zustimmung bei den Wählern. Im Vorwahlkampf der Demokraten könnte er Hillary Clinton ärgern, schließlich gilt die ehemalige Außenministerin bislang als uneingeschränkte Favoritin.

Sanders sitzt seit sechs Jahren als unabhängiger Senator des Bundesstaates Vermont im amerikanischen Kongress. Zwar unterstütze er bisher fast ausschließlich die politischen Vorhaben und Präsidentschaftskandidaten der Demokraten und tritt nun auch in deren Vorwahlkampf an. Doch ein Parteibuch besitzt er nicht. "Amerika hat verstanden, dass die Gier der Wall Street die große Mittelklasse dieses Landes zerstört", rief Sanders bei seinem Wahlkampf-Auftritt in Portland. Er inszeniert sich als Anti-Establishment-Politiker – doch wirkt er dabei deutlich weniger dogmatisch als seine republikanischen Kollegen der Tea Party, die außenpolitische Aggression, religiösen Eifer und lockere Waffengesetze predigen.

In der Hauptstadt Washington, dem Schmelztiegel politischer Karrieristen und Emporkömmlinge, wird Sanders für seine linksliberale Politik weithin belächelt. "Ich mag Bernie. Scheinbar wollen manche Leute wirklich einen Gras rauchenden Sozialisten im Weißen Haus sehen", scherzte US-Präsident Obama während eines Presse-Dinners Ende April. Und auch seine Kollegen im Kongress wundern sich über den Außenseiter Sanders, der "sich gar nicht verändert" habe seit Verkündung seiner Kandidatur, wie der Republikaner John McCain erzählte. Der hatte offenbar erwartet, dass Sanders bald genauso wie seine Konkurrenten dem politischen Mainstream verfallen würde.

Der ehemalige Kleinstadt-Bürgermeister verbringt aktuell seine politische Karriere fernab des politischen Glamours der Hauptstadt: Während Hillary Clinton ihren demokratischen Parteikollegen beim edlen Business-Essen ihre politischen Ambitionen erklärt, trifft man Senator Sanders mittags oft in der grundsoliden Cafeteria des Kongress-Gebäudes – manchmal sitzt seine Frau Jane mit am Tisch. Auch nutzt Sanders anders als viele seiner Kollegen immer wieder auch die U-Bahn, um in Washington DC nach Hause zu kommen.

In Europa würde Sanders als linker Sozialdemokrat gelten

Durch seinen politischen Fokus auf die Mittelklasse des Landes und eben jene Bodenständigkeit hat Sanders sich in den vergangenen Monaten eine beachtliche Zahl von Unterstützern erarbeitet. Er scheint all jene Amerikaner zu erreichen, die Hillary Clinton aufgrund ihrer Nähe zu mächtigen Wirtschaftsbossen angeblich meiden. Zu seinen Auftritten kommen mehr Zuschauer als zu den grell orchestrierten Events aller anderen Präsidentschaftskandidaten. Im Juli sprach er vor 10.000 Menschen in Madison im Bundesstaat Wisconsin, 15.000 waren es wenige Wochen später in Seattle. Mit 28.000 Zuhörern in Portland legte Sanders am Sonntag seinen bislang größten Auftritt hin. Hillary Clinton brachte es in der Eröffnungs-Veranstaltung in New York nur auf schlappe 5.500 Zuschauer.

Seine Unterstützer findet Sanders vor allem im liberalen Nordosten und Nordwesten des Landes, dort hält er auch seine Auftritte ab. Zu seinen Veranstaltungen kommen meist weiße Mittelständler, auch viele Jugendliche und Studenten sind unter seinen Anhängern. Sanders, Sohn jüdisch-polnischer Einwanderer, spricht mit dem dunklen Nuschel-Dialekt seiner Heimat New York, manche Silben verschluckt er gleich ganz. Im Internet wird "Bernie" längst auch deshalb als Kultfigur gefeiert, 1,6 Millionen Fans hat er auf Facebook – nur der polternde Immobilien-Mogul und Präsidentschaftskandidat Donald Trump zählt mehr.

Sanders selbst nennt sich gern einen "demokratischen Sozialisten". Doch während seine politischen Ideen beim amerikanischen Politik-Establishment auf Ablehnung treffen, würde er in Europa maximal als linker Sozialdemokrat durchgehen. Flächendeckende Gesundheitsversorgung, kostenlose Bildung und ein hoher Spitzensteuersatz schockieren hierzulande schon lange niemanden mehr. Doch verbaut sich Sanders mit eben jener Haltung wohl auch jede Chance auf einen Wahlsieg: Zu unangepasst ist der Politiker aus Vermont, zu wenig telegen, zu wenig vernetzt, um in der amerikanischen Politik große Erfolge feiern zu können.

